

Amt Schönberger Land

Fraktionsantrag für Stadt Schönberg	Vorlage-Nr:	VO/7/0059/2016
	Status:	öffentlich
	Datum:	16.02.2016
	Wiedervorlage:	
Antrag der SPD-Fraktion zur Ausweisung und Bebauung von städteigenen und fremden Flächen als Wohngebiet		
Fraktion		
Beratungsfolge	Stadtvertretung Schönberg	

Sachverhalt:

- siehe Anlage -

Anlage:

Antrag der SPD-Fraktion

Antrag der SPD-Fraktion zur Ausweisung und Bebauung von stadteigenen und fremden Flächen als Wohngebiet

Die SPD-Fraktion stellt hiermit den Antrag, im Zusammenwirken mit der LEG die Fläche zwischen Lindenstraße – Feldstraße – Obere Feldstraße – Dassower Straße als Wohnbaugebiet in den Flächennutzungsplan aufzunehmen und als solches auszuweisen.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Eigentümern der Flächen diese Nutzungsvariante zu klären.

Mit der LEG sollen Gespräche aufgenommen werden mit dem Ziel, die LEG als Planer und Erschließungsträger für diese Vorhaben zu gewinnen. Für den Fall, dass dies nicht möglich ist wird die Verwaltung beauftragt, einen anderen Erschließungsträger zu suchen und der Stadtvertretung vorzuschlagen.

Zur Begründung:

Zurzeit besteht eine relativ große Nachfrage nach Flächen für den Wohnungsbau. Unter dem Gesichtspunkt, dass wir im Gewerbegebiet weitere Ansiedlungen von Firmen haben wollen, wird die Ausweisung von möglichen Wohnbauflächen dringend notwendig, zumal vorhandene Baulücken so gut wie vergeben sind. Im Bereich Arndtsberg I sind noch 1-2 Grundstücke vorhanden, im Bauhofsgang noch 3. Möglich wäre nur noch der Bereich Arndtsberg II über die Wohnbau GmbH, hier aber gibt es nach wie vor Probleme mit den Grundstücksbesitzern. Weitere größere zusammenhängende Flächen sind nicht im Besitz der Stadt Schönberg.

Die vorhandene Infrastruktur verfügt über die erforderliche Leistungsfähigkeit, auch eine zunehmende Anzahl von Einwohnern zu versorgen.

Finanzierung:

Wenn es gelingt, einen Erschließungsträger zu gewinnen, der die Flächen erwirbt und mittels eines städtebaulichen Vertrages das Gebiet entwickelt und vermarktet entstehen der Stadt keine bzw. geringfügige Kosten. Da die Stadt Eigentümer eines Teils der gesamten Fläche ist könnten auch noch Einnahmen erzielt werden.



Jörn Stange
Fraktionsvorsitzender